

Nürtinger Seite



Nürtinger Zeitung vom 19. August 2022 – Nr. 191

Amtliches.

Bebauungsplan „Neckarstraße 1. Änderung“ mit Satzung über örtliche Bauvorschriften

im Planbereich 105-02
in Nürtingen

– Inkrafttreten –

gem. § 10 Abs. i. V. m. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB

Der Gemeinderat der Stadt Nürtingen hat aufgrund von § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und § 74 Landesbauordnung (LBO) den Bebauungsplan „Neckarstraße 1. Änderung“ und die örtlichen Bauvorschriften im Planbereich 105.02 in Nürtingen am 26. Juli 2022 als Satzung beschlossen.

Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung treten der Bebauungsplan und die Satzung über örtliche Bauvorschriften in Kraft. Maßgebend sind die Planzeichnung, der Textteil mit der Satzung über örtliche Bauvorschriften, jeweils vom 18. März 2022. Es gilt die Begründung vom 18. März 2022.

Der Bebauungsplan wurde im beschleunigten Verfahren für Bebauungspläne der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB aufgestellt. Der wirksame Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Nürtingen wird nach § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung an die Festsetzungen des Bebauungsplans angepasst. Die Berichtigung wird gesondert bekannt gemacht.

Auf den Lageplan mit Geltungsbereich vom 16. Juni 2021 wird hingewiesen. Der räumliche Geltungsbereich umfasst ca. 0,6 ha und wird gemäß § 9 Abs. 7 durch folgende Flurstücke begrenzt:

im Norden/Nordosten/ 570/3, 570/7, 570/4, 570/5, 571/2,
-westen: Teile von 571/1, T. v. 571/3 und 706/17
im Osten/ Südosten: 571/4 und T. v. 571/3
im Süden/ Südwesten: 66 (Neckar), T. v. 571/3 und T. v. 573/3
(Neckarstraße 11)
im Westen/ Nordwesten: 573/2 (Neckarstraße 13), T. v. 706/17
und T. v. 706/10 (Neckarstraße, B313)

Hinweise:

Das Original des Bebauungsplans, der Textteil mit der Satzung über örtliche Bauvorschriften und die Begründung können beim **Technischen Rathaus – Bauverwaltungsamt, Abteilung Bauordnung/ Denkmalschutz – in Nürtingen, Marktstraße 1, im Bürgerbüro Bauen (Zimmer 055)** im Erdgeschoss während der Öffnungszeiten (siehe unten) von jedermann eingesehen werden. Sie werden mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich. Auskünfte nach § 10 Abs. 3 Satz 2 BauGB über den Inhalt des Bebauungsplans und Beratung zu Bauvorhaben werden an selbigem Ort während der Öffnungszeiten erteilt. Zudem ist eine digitale Kopie der Planunterlagen auf der Webseite des Stadtplanungsamtes abrufbar.

Auf die Voraussetzung für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen. Unbeachtlich gemäß § 215 Abs. 1 BauGB beim Zustandekommen dieser Satzung werden:

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung der § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Obiger Satz gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Absatz 2a BauGB beachtlich sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung von Planungsschadensersatzansprüchen durch Antrag an den Entschädigungspflichtigen (vgl. § 43 BauGB) im Fall der in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile wird hingewiesen. Gemäß § 44 Abs. 4 BauGB erlischt ein Entschädigungsanspruch, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in § 44 Abs. 3 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit herbeigeführt wird. Hierfür bedarf es eines schriftlichen Antrags an den Entschädigungspflichtigen.

Soweit der Bebauungsplan mit Satzung über örtliche Bauvorschriften unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der aktuellen Fassung oder aufgrund der GemO zustande gekommen ist, gilt er ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen (§ 4 Abs. 4 Satz 1 GemO). Dies gilt nicht, wenn:

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind (§ 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 GemO),
2. der Oberbürgermeister dem Satzungsbeschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
3. vor Ablauf der oben genannten Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat
4. oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Stadt Nürtingen unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich oder elektronisch geltend gemacht worden ist (§ 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 GemO).

Ist eine Verletzung nach § 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 GemO geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Die Verletzungen sind schriftlich oder elektronisch gegenüber der Stadt Nürtingen – Stadtplanungsamt, Marktstraße 1, 72622 Nürtingen oder einer anderen Stelle der Stadtverwaltung geltend zu machen.

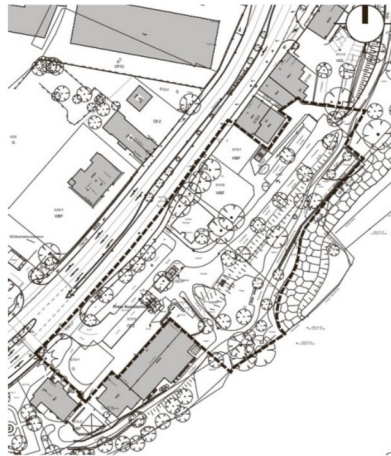
Dienstzeiten des Technischen Rathauses, Marktstraße 1, 72622 Nürtingen:

Montag bis Freitag, außer Mittwoch	7.30 bis 12.00 Uhr
zusätzlich Dienstag	14.00 bis 17.00 Uhr
zusätzlich Donnerstag	14.00 bis 18.00 Uhr

Die Räume sind barrierefrei erreichbar.

Nürtingen, 9. August 2022

Dr. Johannes Fridrich
Oberbürgermeister Stadt Nürtingen



© LGL BW (www.lgl-bw.de) Az.: 2851.9-3/696